



Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht !

Sehr geehrter Herr Innenminister Huber !

2009 fand in Gera auf der Spielwiese das bisher größte Nazikonzert Europas statt. Am 10.07.2010 soll diese schlimme Tradition fortgeführt werden. In Vorbereitung unserer Aktionen, mit denen wir ein Zeichen der Demokratie gegen dieses Nazifest „Rock für Deutschland“ setzen wollen, wenden wir uns mit diesem offenen Brief an Sie. Unser Aktionsbündnis „Gera gegen Rechts“ setzt sich an diesem Tag drei Ziele:

1. Wir sind entschlossen, uns weiteren Rechtsrock-Konzerten in Gera zu widersetzen!
2. Wir sind solidarisch mit allen, die dieses Ziel mit uns teilen.
3. Von unserem Widerstand geht keine Gewalteskalation aus!

Diesen Zielen gilt am 10. 07. 2010, aber auch bereits in der Vorbereitung, unsere ganze Aufmerksamkeit.

Festzuhalten bleibt für uns, dass die Rechtslage nach wie vor unbefriedigend ist. Naziaufmärsche sind wegen des fehlenden Verbots demokratiefeindlicher Kräfte wie der NPD weiterhin möglich. Um ein eindeutiges Zeichen zu setzen, ist ziviler Ungehorsam auch nach unserer Überzeugung Bürgerpflicht. Auf der Internetseite www.gera-nazifrei.com können Sie feststellen, dass mittlerweile eine breite Unterstützung aus allen Teilen der Gesellschaft zu verzeichnen ist.

Mit dem Ziel des friedlichen Protestes haben wir erste Kontaktgespräche mit den Verantwortlichen der örtlich zuständigen Polizeibehörde, der Polizeidirektion Gera, geführt. Bisher stießen wir dort auf massives Unverständnis. Wir halten es für legitim, wenn in Gera Bürger am 10.07. 2010 sich mit Mitteln des gewaltfreien zivilen Ungehorsams braunem Ungeist widersetzen, wie schon so viele erfolgreich vor ihnen z.B. in Jena, in Dresden, in Erfurt und an viele anderen Orten.

Wir möchten daran erinnern, dass noch heute viele Historiker die Frage stellen, wieso sich die Deutschen dem aufstrebenden Nationalsozialismus nicht entgegen gestellt haben. Damals hat der breite demokratische Konsens in der Bürgerschaft gefehlt. Polizeibehörden in ihrem Ermessensspielraum sollte es nicht schwer fallen, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Schließlich wurde das Grundgesetz geschrieben als Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik und ihrer Zerstörung durch die Vorbilder der heutigen Neonazis. (Siehe Art. 20 Abs. 4 GG)

In jüngster Vergangenheit haben wir den Eindruck gewonnen, dass demokratischer, friedlicher Widerstand in Form des zivilen Ungehorsams zunehmend kriminalisiert und mit Strafandrohungen belegt wird. Es ist jedoch darauf zu verweisen, dass die Rechtsprechung dies nicht eindeutig bestätigt. Wir möchten darum bitten, dass in Entscheidungen auch Bundesverfassungsgerichtsurteile (1995, 2001) einbezogen werden, in denen zum einen der Vergeistigung des Gewaltbegriffs Schranken gesetzt und zum anderen die fehlende Verwerflichkeit des Handelns betont wurde. Jüngste Urteile bzw. Verfahrenseinstellungen gegen die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse zeigen keine pauschale Rechtswidrigkeit von Sitzblockaden auf. Dies sollte auch in Thüringen weiter Gewicht erhalten.

Bei einer nicht eindeutigen Rechtslage für Demonstranten und für die Polizei hat dies Einfluss auf den Rahmen der Verhältnismäßigkeit polizeilichen Handelns. Seitens der Oberbürgermeister Dr. Vornehm, Gera und Dr. Schröter, Jena, erhält unser Bündnis engagierte Unterstützung.

Wir bitten Sie, unsere Bemühungen für einen friedlichen aber deutlichen Protest mit den notwendigen Mitteln des zivilen Ungehorsams für ein nazifreies Gera am 10.07.2010 zu unterstützen, indem im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft gemeinsame Strategien festgelegt werden. Eine gleichberechtigte Kommunikation auf Augenhöhe mit dem gemeinsamen Ziel einer stetigen Deeskalation sollte an diesem Tag obersten Ziel sein. Diese Kommunikation sollte unbedingt auch während der Veranstaltung gewährleistet sein.

Gern würden wir Sie in den Reihen unseres Bündnisses „Gera gegen Rechts“ begrüßen!

Mit freundlichen Grüßen
Aktionsbündnis Gera gegen Rechts